



Bericht und Beschlussempfehlung

des Umwelt- und Agrarausschusses

a) Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1071

b) Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2013: Keine öffentlichen Gelder mehr für die Industrialisierung der Landwirtschaft

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1176

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1229

Der Landtag hat die oben genannten Anträge durch Plenarbeschluss vom 28. Januar 2011 federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und beteiligt an den Europaausschuss überwiesen. Der Umwelt- und Agrarausschuss hat die Anträge in vier Sitzungen - darunter eine öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Europaausschuss -, zuletzt am 9. November 2011, beraten.

Im Einvernehmen mit dem Europaausschuss gibt er folgende Beschlussempfehlungen ab:

1. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE empfiehlt er die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD Drucksache 17/1071.
2. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Mehrheit der Fraktion der SPD gegen die Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktion des SSW und einer Enthaltung aus der Fraktion der SPD empfiehlt der Umwelt- und Agrarausschuss, den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1229 abzulehnen.

3. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP und der Mehrheit der Fraktion der SPD gegen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen DIE LINKE und SSW sowie einer Stimme aus der Fraktion der SPD empfiehlt der Umwelt- und Agrarausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1176 abzulehnen.

Klaus Klinckhamer
Vorsitzender